

Gerhard Hofmann

## COP21 und die Migration

### Die Klimakonferenz in Paris entscheidet auch über die künftigen Fluchtbewegungen

Rund 60 Millionen Menschen sind heute weltweit auf der Flucht. Ein Teil davon flieht auch vor den Folgen des Klimawandels, der vielen Menschen weltweit die Existenzgrundlage entzieht. Dieses Thema ist nicht neu, breite Aufmerksamkeit gewann es spätestens mit dem Science-Fiction-Film *Der Marsch*, den die ARD am 19. Mai 1990 erstmals ausstrahlte. Darin führt der junge, charismatische Issa Al-Mahdi eine unüberschaubare Karawane verzweifelter Gestalten, die aus nordostafrikanischen Flüchtlingslagern Richtung Europa ziehen. Nur dort sehen sie noch eine letzte Chance, sich vor dem Hungertod zu retten. Denn bereits fünf Jahre hat es laut Drehbuch in ihrer Heimat nicht mehr geregnet und die Hilfen aus Europa und den USA sind im Filz der korrupten afrikanischen Regime versickert.

Auf dem Marsch nach Norden schwillt der Strom auf Hunderttausende an. Bald gerät der Marsch zum Medienereignis. Europa ist derweil über die Ideologie von der »Festung Europa« nicht hinausgekommen; die Brüsseler Entwicklungskommission votiert zwar für menschliche Lösungen, scheitert aber bei EU-Gremien und Flüchtlingen – verzweifelt verspricht sie ihnen im Gegenzug für die Rückkehr in ihre Heimatländer millionenschwere EU-Unterstützung. Doch die Hungernen glauben ihr nicht – Europa hat seine Glaubwürdigkeit längst verspielt. Am Schluss ruft sie verzweifelt aus: »Wir brauchen euch, wie ihr uns braucht. Wir können nicht weitermachen, wie bisher. Aber wir sind noch nicht bereit für euch, ihr müsst uns noch mehr Zeit geben.«

William Nicholson beschwor in seinem Film eine düstere Vision – schneller als befürchtet hat sie 2015 beklemmen-

de Aktualität gewonnen. Die drohende – zweifellos menschengemachte – Klimakatastrophe, Hintergrund und Auslöser für den Film *Der Marsch*, war 1977 eher noch Diskussionsthema unter Fachleuten. Aber schon damals hatte der US-Ökonom William Nordhaus eine Grafik mit einer als *Zwei-Grad-Grenze* bezeichneten roten Linie veröffentlicht – er fügte der Linie eine Zeitachse und die natürlichen Schwankungsbreiten samt einer nach oben verlaufenden Temperaturkurve hinzu: 2040 schnitten beide einander. Bereits in den 90er Jahren beschrieb dann der Weltklimarat (IPCC) die Klimamigration als zunehmend schwerwiegende Herausforderung – bis 2050 seien 150 Millionen Klimamigranten zu erwarten. Der IPCC-Bericht 2007 lieferte dann seriös wissenschaftsbasiert die beste zusammenfassende Analyse des aktuellen Klimawandels. Im Juni 2010 erhärtete eine Untersuchung von Sediment-Daten vor der amerikanischen Küste aus der Zeit bis vor Christi Geburt die Annahme, dass die Erderwärmung die Ozeane steigen lässt. Vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts habe sich der Meeresspiegel praktisch nicht verändert. Seither sei er allerdings pro Jahr um 2,1 Millimeter nach oben geklettert.

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Erstsendung von *Der Marsch* warnte am 11. November 2011 die Internationale Energieagentur (IAE) in Berlin: »Energie-Zukunft der Welt nicht nachhaltig«. Der kumulierte Kohlendioxid-Ausstoß der kommenden 25 Jahre, so die IEA, liege im Szenario des World Energy Outlooks 2011 »bei drei Vierteln der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen der vergangenen 110 Jahre. Die Folge wäre ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 3,5° C.« Verharre die Politik

*Die Tür zur Ein-  
haltung der  
Zwei-Grad-Grenze  
schließt sich*

tatenlos, werde die Lage noch dramatischer: sechs Grad Anstieg seien möglich. IEA-Chefökonom Fatih Birol: »Bis 2017 wird die energieerzeugende oder -verbrauchende Infrastruktur bereits die Gesamtmenge der bis 2035 zulässigen CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Dann schließt sich die Tür zur Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze endgültig.« Zwei Jahre später prangerte Birol an, dass fossile Energien 2012 weltweit mit mehr als 510 Milliarden Euro gefördert wurden – erneuerbare Energien dagegen nur mit 93.

Der britische Ökonom Nicholas Stern (»die Emission von Treibhausgasen bedeutet ein Marktversagen«) bezifferte 2006 im sogenannten *Stern Review* zum ersten Mal die Kosten des Klimawandels. Dafür rechnete der Ex-Weltbank-Direktor vor, welche Schäden die Erderwärmung verursacht, und was ihre Vermeidung kosten würde (damals nur 1 % des BIP – heute bereits 2). Damit hatte er als erster schlüssig dargelegt, dass CO<sub>2</sub>-Reduzierung wirtschaftlich ist. Und er rechnete auch vor, was es täglich mehr kostet, wenn wir nichts unternehmen. In seinem Buch *Der Global Deal* bezeichnete Stern die Armut in den Entwicklungsländern und den Klimawandel als die beiden größten Herausforderungen unserer Zeit, »unauflöslich miteinander verbunden«.

Flüchtlingsproblematik und Klimawandel hätten unmittelbar miteinander zu tun, so IPCC-Mitglied Oliver Christian Ruppel. Es gebe nicht nur eine Flucht vor Waffen und Gewalt, sondern auch die vor klimatischer Bedrohung. Daher sollte Europa den Kampf gegen den Klimawandel nicht vernachlässigen, so der südafrikanische Jurist, Teilnehmer an der Weltklimakonferenz COP21, die am 7./8. Dezember in Paris stattfindet. Laut Ruppel ist »Klimamigration vielleicht die nächste noch viel größere Migrationswelle, die folgt, und

insofern sollte man sich frühzeitig darauf gefasst machen.« Die nördliche Hemisphäre hat laut Ruppel aus menschlicher Sicht die Verantwortung zu helfen. Die drei wesentlichen Faktoren der Klimamigration seien »Ernährungsunsicherheit, Wassermangel und Dürre«. Bereits jetzt litten die Menschen in Subsahara-Afrika unter dem Klimawandel, hätten teilweise keinen Zugang zu sauberem Wasser, Hunger sei weit verbreitet. Das werde alles durch den Klimawandel verschärft, der zudem Einfluss auf Konfliktsituationen habe.

Wenn wir den Planeten retten wollten, müssten die Klimadiplomaten, die Politik und jeder Einzelne in Paris handeln, denn es gehe um unser Gemeinschaftsgut. In Paris müsse besonders im Vordergrund stehen, »dass die Gemeingüter Klima und Atmosphäre schlicht und einfach nicht verhandelbar sind«. Der Klimawandel sei eine Verletzung der Menschenrechte der Armen – diese Erkenntnis müsse COP21 prägen, wenn man zu verbindlichen Abmachungen kommen wolle.

Um Fluchtursachen zu bekämpfen, müsse schnell auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt werden, sagt der Energieexperte Hans-Josef Fell. Die heutige Flüchtlingswelle sei logische Folge einer jahrzehntelangen unzulänglichen Politik. »Unser westlicher Lebensstil stört sich nicht daran, dass wir Autos fahren und Wohnungen heizen, für deren Energieversorgung auch Erdöl aus Terroristenhand verwendet wird. Erdöl ist die Hauptfinanzquelle von IS, Al Qaida, Boko Haram, von Syriens Präsident Assad oder den einander bekriegenden sudanesischen Machthabern. Kolumbianische Kohle wird auch in deutschen Kohlekraftwerken verbrannt, obwohl Kolumbien nach Syrien vor allem wegen des Kohleabbaus für den Export weltweit das Land mit den zweitmeisten Binnenflüchtlings ist«, so Fell.

Schon 2012 hatten die Schweiz und Norwegen die »Nansen Initiative« für einen besseren Schutz von Klimaflüchtlings an-

gerecht; eine Schutzagenda wurde am 13. Oktober 2015 in Genf präsentiert: Im Rahmen eines globalen Konsultationsprozesses sollen Maßnahmen zum besseren Schutz von Klimaflüchtlingen identifiziert werden, um infolge des Klimawandels entstehende Bevölkerungsbewegungen besser zu verstehen. Denn jedes Jahr werden Millionen Menschen aufgrund von Naturkatastrophen vertrieben: Von 2008 bis 2014 sind weltweit 184 Millionen Menschen vor Überflutungen, Orkanen, Erdbeben, Dürren und anderen Naturkatastrophen geflüchtet.

Die Klima-Allianz Deutschland definiert sechs negative Folgen des Klimawandels für Migration und Flucht: Durch humanitäre Katastrophen (Stürme, Regenfluten, Dürren, Überschwemmungen, Ernteausfälle, Bodenverlust) werden bis 2080 zusätzliche 600 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein; bis 2080 werden zusätzliche 1-3 Milliarden Menschen ohne ausreichend Wasser leben müssen; Hunderte Millionen Menschen in Küstengebieten (z.B. die Hälfte Bangladeschs) bzw. Inseln (z.B. Kiribati und Tuvalu) werden allein bei steigendem Meeresspiegel von einem Meter von dauerhaftem Landverlust bedroht; der Verlust von Ökosystemen und Biodiversität gefährden die Ernährungssicherheit bzw. Lebensgrundlagen, insbesondere dort, wo Einkommensquellen unmittelbar von intakten Ökosystemen abhängen (z.B. Fischerei und Landwirtschaft); weniger Wasser und steigende Temperaturen begünstigen die Ausbreitung von Keimen und Krankheitserregern bzw. deren Überträger; und die sinkende Verfügbarkeit von Wasser und Land führt zu wachsenden Spannungen z.B. zwischen Bevölkerungsgruppen.

Die bisher zugesagten Klimaschutzanstrengungen der Staaten würden immer

noch eine Erwärmung von 2,6 Grad verursachen. Selbst wenn die globale Erwärmung unter zwei Grad bliebe, würden die klimatischen Veränderungen tiefgehende Schäden anrichten. Und selbst wenn der Klimagas-Ausstoß (theoretisch) sofort auf null gesenkt werden könnte, würden die Temperaturen wegen der verzögerten Wirkung der Treibhausgase in den nächsten drei bis vier Jahrzehnten trotzdem ansteigen.

Der internationalen Politik fehlt es zudem an Instrumenten, um angemessen mit Klimamigration umzugehen: Wer aufgrund von Naturkatastrophen seine Heimat verlassen muss, ist nicht ausreichend geschützt. Gleichzeitig spielt die Frage aber bei Klimaverhandlungen in den Debatten um Schäden und Verluste eine immer wichtigere Rolle. Bereits 2010 war in Cancún (COP16) explizit die Notwendigkeit der diesbezüglichen Zusammenarbeit vereinbart worden, und auch im internationalen Warschau-Mechanismus (COP19) zu Klimaschäden ist die Klimamigration auf der Agenda.

Wenn es nicht gelingt, den »Migrationsdruck« (Ministerialsprache) zu senken, droht uns der »Marsch« in einem ungeahnten Ausmaß. Wenn, was wahrscheinlich ist, die Himalaya-Gletscher weiter abschmelzen, wird sich eine Milliarde Menschen auf der Suche nach Wasser in Bewegung setzen.

Der »Marsch« hat längst begonnen – wir wussten es schon lange, haben aber nichts getan. Die Erwartungen an COP21 waren jedenfalls viel zu hoch. Es wird eine Vereinbarung erzielt werden, aber nur auf freiwilliger Basis, denn es wird höchstwahrscheinlich keinen Sanktionsmechanismus zur Durchsetzung geben, denn dazu müssten die Staaten zur partiellen Aufgabe von Souveränität bereit sein.



#### Gerhard Hofmann

war u.a. langjähriger Chefkorrespondent von *RTL* und *n-tv*. Er ist heute freier Autor und Berater in Energie- und Nachhaltigkeitsfragen.

[hofmann@agentur-zukunft.eu](mailto:hofmann@agentur-zukunft.eu)